

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort.

TOP 18 – Zwölf Jahre Bologna-Prozess

Dazu sagt der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Rasmus Andresen:

Bachelor und Master von innen reformieren

Vielen Dank an ihr Haus für die Beantwortung der Großen Anfrage der Linksfraktion. Ich habe mich schon bei der Einreichung gefragt, welche Zielsetzung mit dieser Großen Anfrage verbunden war. Es werden viele wichtige Fragen gestellt, allerdings haben viele nicht ausschließend etwas mit dem Bolognaprozess zu tun. Ich denke hier zum Beispiel an die Familienfreundlichkeit der Hochschulen oder die Anzahl der Studienplätze.

Als Überschrift für die Große Anfrage eignet sich deshalb eigentlich „Studieren in Schleswig-Holstein im europäischen Kontext“: Ein großes Problem ist, dass in vielen wichtigen Fragen die Datengrundlage zu schlecht ist, dies gilt zum Beispiel bei der Regelstudienzeit, der Stressbelastung und den Abbrecher_innenquoten.

Es kann nicht sein, dass Sie, Herr De Jager, sehr viele Fragen nicht beantworten können und dann gleichzeitig erklären, dass die Datengrundlage ausreicht.

Direkt übersetzt hätten Sie dann auch erklären können, dass Ihnen Studienabbrecher_innen oder die Stressbelastung der Studierenden egal ist. Viele Diskussionen sind deshalb sehr subjektiv. Eine politische Bewertung wird dadurch nicht einfacher.

Grundsätzlich ist das Ziel der Bolognaerklärung, mehr Mobilität für Studierende und einen gemeinsamen Europäischen Hochschulraum zu schaffen, unterstützenswert. Leider ist danach vieles schief gelaufen. Wer nun aber Debatten führen will, die man damals verpasst hat, wird hochschulpolitisch keine Verbesserungen erreichen.

Meine persönliche Studienerfahrung in Dänemark zeigt mir, dass es auch anders geht. So kann man an der Universität Roskilde beispielweise durch Gruppenprüfungen und eine Art Studium Generale im Bachelor mit viel Freiheit studieren. Auch gibt es in Dänemark eine Reihe Studiengänge, die in die Mehrheit der ECTS-Punkte (European Credit Transfer and Accumulation System) durch das Schreiben von Forschungsarbeiten in Studierendengruppen erzielt werden. Es geht also auch anders.

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 706.11 / 16.12.2011

Das größte Problem bei uns ist die Frage der Zuständigkeit. Länderministerien, die Kultusministerkonferenz mit undemokratischen Arbeitsgruppen und die Hochschulen haben sich die Verantwortung für die Umsetzung des Bologna-Prozess aufgeteilt. Es gibt keine klaren Verantwortlichkeiten.

Wir glauben, dass sich automatisch Verbesserungen für Studierende einstellen würden, wenn Studierende in den Hochschulgremien mehr direkten Einfluss bekämen. Wir fordern deshalb die paritätische Mitbestimmung oder Vetorechte in bestimmten Fragen.

Außerdem müssen wir uns überlegen, in welchen Fragen wir um Rahmengesetze oder Abkommen nicht umher kommen. Der Status Quo reicht nicht aus. Die Mobilität von Studierenden muss weiter gefördert werden. Das ist Konsens. Es ist paradox, wenn Studierende berichten, wie schwierig es allein schon ist, Kurse in Studiengängen an anderen schleswig-holsteinischen Hochschulen als der eigenen zu belegen. Das ist doch absurd.

Mobilität fängt vor der Haustür an. Allerdings darf sie da nicht stehen bleiben. Wir müssen es schaffen, dass mehr junge Studierende Auslandserfahrung sammeln und dass diejenigen, die daran Interesse zeigen, nicht im Regen stehen gelassen werden.

Aus Grüner Sicht ist es sehr erfreulich, dass fast die Hälfte aller Studierenden sich nicht durch den allgemeinen Wunsch der Wirtschaft und breiter Teile der Politik dazu drängen lassen, sofort und schnell zu studieren.

Es ist gut, dass viele junge Menschen nach dem Abitur, und dies wird durch die Antwort der Landesregierung bestätigt, nicht sofort studieren.

Jeder der oder die studieren will, soll die Möglichkeit dazu bekommen. Wir begrüßen es aber, wenn Studierende nach ihrem Abitur durch ein Sabbatjahr oder Ähnliches Orientierung suchen.

Ein weiteres riesen Problem ist die starre Fixierung auf die Regelstudienzeit. Dies führt u.a. dazu, dass viele Studierende ziemlich schnell aus dem Bafögbezug fliegen. Wir fordern deshalb eine Bafögreform, damit mehr Studierende länger Zeit bekommen, um sich auf ihr Studium zu konzentrieren.

In diesem Zusammenhang ist es nicht verwunderlich, dass die Studierenden einer größeren Belastung ausgesetzt sind. Dies muss nicht unbedingt am Umfang des Studiums liegen, sondern vielmals daran, dass viele Studierende nebenbei noch Erwerbsarbeit nachgehen müssen.

Es gibt noch viel zu sagen, u.a. zu den unsäglichen Akkreditierungsagenturen. Ich beantrage deshalb die Überweisung der Großen Anfrage in den Bildungsausschuss. Wir sollten die Thematik dort ernsthaft diskutieren.
